

zwischen den Freiheiten und Rechten der Wähler im Sozialismus einerseits und im Kapitalismus andererseits hervor. Welche freie politische Entscheidung vermag der Wähler in den USA zu treffen, wenn er faktisch als Kandidaten nur exponierte Vertreter des Monopolkapitals vorgesetzt bekommt? Kann man davon sprechen, daß der Bürger in der BRD in den Wahlen freie politische Entscheidungen trifft?

Eine freie politische Entscheidung hängt doch in erster Linie davon ab, ob sich der Bürger in der Politik zu orientieren vermag, ob er die politischen Ziele einer Partei zu durchschauen in der Lage ist, ob er fähig ist, die Politik der Regierung und der verschiedenen Parteien einer Wertung zu unterziehen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen besteht darin, daß der Wähler die Möglichkeit besitzt, Kandidaten zu wählen, die seine Interessen wahrnehmen und auf die er auch nach der Wahl Einfluß zu nehmen vermag. Schließlich ist eine freie politische Entscheidung doch nur dann möglich, wenn der Wähler ohne Behinderung, ohne Gewissenszwang, ohne ökonomischen und politischen Druck Entscheidungen treffen kann.

Derartige Bedingungen sind aber weder in der BRD noch in einem anderen imperialistischen Staat vorhanden. Bildung, geistiges Leben und tägliche Informationen sind der psychologischen Manipulation unterworfen. Die Politik der Regierung und der systemkonformen Parteien wird verzerrt dargestellt. Die Massen des Volkes werden bewußt in der Politik irregeleitet. Wie anders kann man es sonst qualifizieren, wenn die CDU/CSU in der BRD selbst Grenzprovokationen gegen die Staatsgrenze der DDR als Mittel zur Vorbereitung der Wahlen in der BRD benutzt? Ein Heer von Lehrern, Wissenschaftlern, Propagandisten, Journalisten, Radio- und Fernsehleuten, Filmproduzenten und Managern für Massenunterhaltung ist damit beschäftigt, den „unpolitischen treuen Staatsbürger“ zu erziehen und ihn immer aufs neue ideologisch an das System des Kapitalismus zu ketten. Die Kandidaten werden von den kapitalkräftigsten Parteien gestellt, ihre Werbekampagne wird von Monopolen, Zeitungstrusts und anderen Geldgebern finanziert.

Gelingt es kommunistischen Parteien, wie z. B. in Italien oder Frankreich, in die Parlamente vorzudringen und starke Fraktionen zu bilden, so ist dies ein Ergebnis langjährigen Kampfes gegen die politische Unfreiheit, gegen die verschiedensten Maßnahmen der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der fortschrittlichen Kräfte.

Haben die Kommunisten starke Positionen in den bürgerlichen Parlamenten inne, so sind sie dennoch gezwungen, den Kampf gegen die vielfältigen politischen Beschränkungen, gegen das bestehende staatsmonopolistische System weiterzuführen. Ein drastisches Beispiel hierfür sind die Einmischung des USA-Präsidenten und des Kanzlers der BRD in die Regierungsbildung in Italien. Hier zeigt sich, daß nicht nur die inländische, sondern auch die ausländische Bourgeoisie bei Wahlerfolgen der Kommunisten verstärkt auf den Plan tritt und mit massiven Drohungen und Maßnahmen den gewählten Kommunisten ihre legitimen Rechte und Pflichten streitig macht. Diese Art von „Wahldemokratie“ hat nicht das geringste mit Souveränität des Volkes zu tun.

Was die Wahldemokratie im imperialistischen Staat betrifft, so schreibt der Soziologe F. Croner aus der BRD, das derzeitige System in der BRD lasse eine Demokratie, die auf dem aktiven, „teilnehmenden“ und „mitentscheidenden“ Bürger beruht, gar nicht zu. Er führt überzeugende Fakten dafür an, daß bei vielen Wählern, selbst wenn sie sich bewußt für eine bestimmte Partei

festlegen, ihrer Entscheidung keine rationale politische Beurteilung zugrunde liegt. Der größte Teil der Wähler lasse sich „durch aktuelle Parolen und auch Taten der Politiker bzw. Parteien kurz vor der Wahl leiten“./1/ Was die Beteiligung an der Wahl betrifft, so ist das für die Einstellung der BRD-Bürger zur Wahl typisch, daß etwa 50 Prozent wählen, „weil es so üblich ist“ bzw. weil sie „dem Trauma einer Wahlpflicht“ unterliegen./2/

Die Wahl erweist sich im imperialistischen Staat somit mehr als ein Glücksspiel, in dem den Mitspielern zwar die Regeln bekannt sind, sie aber trotzdem zumeist betrogen werden.

Der demokratische Charakter der Wahlbewegung in der DDR

Im Gegensatz zur Wahl-Farce im Kapitalismus steht die zutiefst demokratische Wahlbewegung in der DDR.

Charakteristisch für sie ist zunächst, daß Partei- und Staatsführung in der DDR die Grundfragen der Politik gemeinsam mit den Werktätigen beraten, politische Entscheidungen schon in ihrer Vorbereitungsphase allseitig mit den Werktätigen erörtern und sie gemeinsam mit den Werktätigen verwirklichen. Es genügt, hier anzuführen, daß die Partei der Arbeiterklasse die Dokumente des IX. Parteitages bereits als Entwürfe der Öffentlichkeit zur breitesten Volksausssprache übergab und daß auf diese Weise Millionen von Menschen in der DDR aktiv an der Vorbereitung der Beschlüsse des Parteitages teilnahmen. Gegenwärtig kommt die Verwirklichung dieser Beschlüsse in einer Vielzahl von Initiativen und Aktivitäten sowie in einer hohen Leistungsbereitschaft der Werktätigen sinnfällig zum Ausdruck.

Charakteristisch für unsere Wahlbewegung ist ferner, daß die Bürger unseres Staates auf der Grundlage ihrer politischen Einsicht handeln und bereit sind, Verantwortung zu tragen. Unsere sozialistische Gesellschaft bietet den Bürgern alle Möglichkeiten, sich Kenntnisse über Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung anzueignen und die sozialistische Demokratie in ihren vielfältigen Formen praktisch zu erleben und selbst mitzugestalten. Die öffentliche Information und die Tätigkeit der Massenmedien in der DDR sind darauf ausgerichtet, den Bürgern einen tiefen Einblick in die politischen Zusammenhänge zu vermitteln und ihnen alle Möglichkeiten zu geben, selbständig politisch zu urteilen.

Die politische Willensbildung unserer Bürger vollzieht sich in der klaren Erkenntnis, „daß wir auch in den nächsten Jahren weiter erfolgreich auf den Bahnen des Friedens, der Freiheit, des sozialen Fortschritts, auf den Bahnen des Sozialismus voranschreiten werden“./3/ Diese gesicherte Perspektive der gesellschaftlichen Entwicklung, „die bei uns gewährleisteteste soziale Sicherheit ist die Grundlage für die persönliche Freiheit des Menschen“ 74/

Freie politische Entscheidung des Bürgers als Grundzug demokratischer Wahlen ist folglich nur unter sozialistischen Bedingungen möglich.

Das bestimmende Thema der Wahlbewegung zu den Wahlen am 17. Oktober ist die einheitliche Umsetzung der am Wohl der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes orientierten Politik der Partei der Arbeiterklasse, wie sie auf dem VIII. und dem IX. Parteitag beschlossen

/1/ F. Croner, Die deutsche Tradition, Opladen 1975, S. 225.

/2/ F. Croner, a. a. O., S. 222.

/3/ E. Honecker, Zu aktuellen Fragen unserer Innen- und Außenpolitik nach dem IX. Parteitag (Aus dem Schlußwort auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED), Berlin 1976, S. 5 f. IM E. Honecker, a. a. O., S. 15.